

## **Festrede im NRW Landtag 4.6.08**

*Moshe Zimmermann, Jerusalem*

Man darf wohl davon ausgehen, daß der Landtag Nordrhein-Westfalens nicht bei jedem runden Jubiläum eines Staates, mit dem die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält, das entsprechende Ereignis öffentlich feiert und mit Gedenkveranstaltungen markiert - so wie heute den sechzigsten Gründungstag des Staates Israel. Daß man eben diesen Geburtstag Israels so aufwendig begeht, zeigt doch wohl, daß die "besonderen Beziehungen" mehr als nur eine Floskel sind. Man muß sich jedoch fragen, worauf diese "besonderen Beziehungen" beruhen. Keineswegs nur auf der Erfahrung der Shoah und nicht nur auf der Tatsache, daß Israel auch der Staat von Deutschen ist – nämlich der Juden, die früher Deutsche waren und es nach 1933 nicht mehr sein durften.

Der Düsseldorfer Heinrich Heine beschrieb die besonderen Beziehungen vor mehr als hundertfünfzig Jahren, also lange bevor man Bücher und Menschen im "Dritten Reich" verbrannte, auf eine Art, die man heute vielleicht aktualisieren könnte: "Es ist in der Tat auffallend, welche innige Wahlverwandtschaft zwischen beiden Völkern der Sittlichkeit, den Juden und Germanen, herrscht ... beide Völker sind sich so ähnlich, daß man das ehemalige Palästina für ein orientalisches Deutschland ansehen könnte, wie man das heutige Deutschland für die Burg der reinen Geisttheit halten sollte". Und: "Judäa erschien mir immer wie ein Stück Okzident, das sich mitten in den Orient verloren" und "die Juden waren die Deutschen des Orients". Diese, Ihnen wohl bekannten Worte Heinrich Heines, die für viele Zionisten eine ganz aktuelle Bedeutung haben, schaffen die Voraussetzung für die Wahrnehmung der Besonderheit der Beziehungen, ohne automatisch das

"Dritte Reich" in den Vordergrund zu rücken.

Was beide Gesellschaften, die israelische und die deutsche, heute miteinander verbindet, ist jedoch nicht allein die besagte Verwandtschaft, die vergangene Begegnung oder auch überlebte Kollision, sondern die gegenwartsbezogene Wahrnehmung im Sinne der Zitate von Heine. Jede Seite identifiziert und definiert sich selbst über den Blick auf das Gegenüber, als wäre es ein Blick in einen Spiegel. Jede Seite entdeckt die eigene Geschichte in Licht und Schatten der Geschichte der anderen.

Dieser Blick in den Spiegel ist auch deswegen möglich, weil beide Partner – Israel und die Bundesrepublik Deutschland – etwa gleich alt sind. Nordrhein-Westfalen ist vielleicht zwei Jahre älter, die Bundesrepublik ein Jahr jünger als der Staat Israel, aber im großen und ganzen kann man auf zwei bereits arrivierte Experimente zurückblicken, die eine Zwischenbilanz und eine Evaluierung der relativen Erfolge erlauben.

Daß man durch diesen Blick in den Spiegel in der Vergangenheit bisweilen in den siegreichen israelischen Streitkräften, dem *Zahal*, eine Fortsetzung des preußischen Militarismus zu erkennen glaubte, ist bekannt. Das ist in der Tat ein extremes Beispiel dafür, daß die Verwandtschaft dazu verleitet, riskante Vergleiche anzustellen. Doch halte ich derartige Beispiele für Ausnahmen. Mir wäre jedenfalls ein vergleichender Hinweis auf die 2 Erben des Humboldtianischen Systems im akademischen Bereich lieber. Und überhaupt möchte ich mich in den folgenden Ausführungen eher mit dem Blick Israels in den deutschen Spiegel befassen als umgekehrt.

Beide Staaten sind heute also etwa sechzig Jahre alt, – dies allein bedeutet nach jüdischer Tradition, wie im Mischnah-Traktat *Avot* vermerkt, daß sie

tatsächlich alt sind. Doch beide Staaten haben eine lange Vorgeschichte, die sich über Hunderte, ja Tausende von Jahren erstreckt. Beide Staaten beziehen sich auf frühere Epochen der Staatlichkeit - im Mittelalter in einem Fall, im anderen im Altertum. Hier Kaiser Barbarossa, dort König David. Dabei gerät der Vergleich aus der Balance: Israel durchlief in den sechzig Jahren seiner Existenz Erfahrungen, die die Deutschen nicht erst seit 1949, sondern schon seit 1871, also seit der Reichsgründung, machen konnte. Israel kondensierte in sechzig Jahren, was Deutschland als Staat an Erfahrung beinahe hundertfünfzig Jahre lang gesammelt hatte. Denkt man an David Ben-Gurions deutsches Ebenbild, so fällt einem nicht nur Konrad Adenauer, sondern eben auch Otto von Bismarck ein. So ist Manches aus der deutschen Tradition nach 1871 für Israel nach 1948 relevant und "verwendbar" geblieben, was für die Bundesrepublik mittlerweile anstößig geworden ist: "Der Gott der Eisen wachsen ließ" nach Ernst Moritz Arendt, die Nation als Garant der Ewigkeit im Sinne von Fichte, die Psychose der Einkreisung, die Überbewertung von Ethnie, Siedlung, Nationalsprache und vieles andere mehr. Und jenseits dieses Ungleichgewichts zeigt sich beim gegenseitigen Blick in den Spiegel auch stets der lange, lange Schatten der Vergangenheit, der das Verhalten und die Einstellungen in der Gegenwart mit Hilfe des Filters der kollektiven Erinnerung entscheidend prägt.

Blickt Israel in den deutschen Spiegel, so sieht es nachdrücklich die schwarzen Schatten der Epoche unmittelbar vor der Geburt beider Staaten. Man sollte sich jedoch davor hüten, hier den historischen Vergleich überzustrapazieren. Die Auschwitz-Ikone sollte besser ganz aus der Spiegelmetapher ausgeklammert werden. Der Blick in diesen Abschnitt des Schattens kann für Israel jedenfalls als Auslöser für die Umsetzung der universal relevanten Maxime "Wehret den Anfängen" dienen, statt ausschließlich Anlaß zu geben für die kurzschlüssige, simplifizierende

Reaktion, "nie wieder Opfer, nie wieder machtlos" sein zu wollen. Viele Israelis mögen einen solchen Zugang zum Blick in den Spiegel – also eine Historisierung und Aneignung von Schlußfolgerungen, die man in der Regel aus jüdischer Sicht nur für "die Anderen" relevant hält – als Tabu bezeichnen und eine Enttabuisierung Sakrileg oder Verrat nennen. Selbstverständlich hat eine solche Enttabuisierung, wenn sie aus der rechtsradikalen deutschen Ecke kommt, die nicht legitime Funktion eines Relativierungs- und Entlastungsversuchs. Kommt sie aber aus einer israelischen Perspektive heraus zum Ausdruck, so ist sie durchaus ein legitimer, konstruktiver Versuch der Auseinandersetzung, weil so die Geschichte der einen Gesellschaft als Mahnung und Mittel der Selbstkorrektur für die andere genutzt werden kann.

Deutschland hat nicht nur chronologisch nacheinander, nämlich 1871 und 1949, sondern sogar in ein und demselben Jahr 1949 nebeneinander, zwei Staatsgründungen erlebt. In allen drei Fällen wurde die Staatsgründung nicht als gänzliche Implementierung der nationalen Ziele verstanden – es fehlte immer etwas: Die Einheit von Territorium und Ethnie; die historischen Grenzen; die Verwirklichung eines nationalen oder politischen Ideals. Auch Israel befand sich nach der Staatsgründung 1948 in einer ähnlichen Situation: Die Grenzen entsprachen keinen historischen Grenzen, waren sogar keine international anerkannten Grenzen; das jüdische Volk befand sich in seiner Mehrheit jenseits der Grenzen, ja jenseits des Ozeans, und von der angestrebten Mustergesellschaft war man unendlich weit entfernt. Die Präsenz einer arabischen Bevölkerung im Staate – immerhin eine Minderheit von bis zu zwanzig Prozent –, deren Angehörige man als Staatsfeinde betrachtete, war zudem eine weitere, gewaltige Herausforderung, die Assoziationen aus der deutschen Geschichte hervorrufen kann. In den ersten neunzehn Jahren – also bis zum Sechs-Tage-Krieg von 1967 – versuchte man diese Probleme vor allem durch die "Rückführung" der "Auslandsisraelis", d.h. der Juden der

Diaspora, zu lösen oder wenigstens zu minimalisieren. Nach dem Krieg von 1967 aber konnten die revisionistischen, die nationalistischen Kräfte in Israel ihre Lösungsvorschläge durchsetzen: Nachdem die Rechtspartei *Likud* 1977 an die Macht gekommen war und die Parole "Ganz-Israel" ('Groß' ist es so oder so nicht) zur Regierungspolitik gemacht hatte, initiierte sie eine aggressive Siedlungspolitik, die auf Kosten der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und ihrer nationalen Ansprüche praktiziert wurde. In Zusammenarbeit mit religiösen Kräften unternahm man Schritte, die den "Judenstaat" zum jüdischen Staat im orthodoxen und ethnischen Sinne werden lassen sollten.

Auch hier ist ein Blick in den deutschen Spiegel hilfreich; denn aus seiner Vorgeschichte hat Deutschland in den letzten sechzig Jahren gelernt, nicht auf militärische Konfrontation zu setzen, den Kulturkampf zu meiden, ethnozentrische Vorstellungen in Frage zu stellen, Geschichte zu relativieren, demokratische Prozesse zu bevorzugen und Geduld zu entwickeln. Es ist keineswegs meine Absicht, in Deutschland anders ausgerichtete Strömungen einst und jetzt zu ignorieren oder dem Deutschland der Gegenwart pauschalisierende Komplimente zu machen, sondern auf Alternativen hinzuweisen, die für festgefahrene, riskante, ungerechte Maßnahmen neugegründeter Nationalstaaten existieren, wenn man auf die Geschichte zurückschaut. So gesehen, kann man sich übrigens auch über die Reaktion in Deutschland über das für Israel relevant gewordene Thema der Mauer nicht wundern.

Ein wichtiges Element, das Israelis im deutschen Spiegel entdecken, ist demographischer Natur. Wie geht man mit den Herausforderungen von Flüchtlingsproblemen und Vertreibungen einerseits und Minderheiten und ihrer Integration andererseits um. Dieser Blick kann aus israelischer

Perspektive nicht eindimensional bleiben, denn es schauen hier mindestens zwei Gruppen, nämlich sowohl israelische Juden als auch israelische Araber/Palästinenser in den Spiegel. Wie war es zu Vertreibungen aus Deutschland vor und nach 1939 gekommen, und wohin hatten diese Vertreibungen schließlich geführt? Derartige Fragen sollten nicht nur im Mittelpunkt eines in Deutschland geplanten Zentrums gegen Vertreibung stehen, sondern auch alle Israelis leiten, die über die Ereignisse in Europa um den Zweiten Weltkrieg herum und während des "Unabhängigkeitskrieges" von 1948 nachdenken oder einen Transfer von Arabern befürworten. Nicht weniger relevant, ganz gewiß für die Palästinenser in Israel und in den besetzten Gebieten, ist die Geschichte der Aufnahme der deutschen Flüchtlinge in deutschen Landen westlich der Oder-Neisse-Linie seit 1945. Gerade der Rollentausch vom Flüchtling zum Vertreiber – oder umgekehrt – gewährt als historische Erfahrung beim Blick in den Spiegel eine wichtige Lektion.

Bleiben wir aber noch beim Themenbereich von Demographie und Kultur, Demographie und Ethnie. Israel ist ein Staat, der die Aufnahme aller Menschen, die man kollektiv als jüdisches Volk definieren möchte, zu seinem Raison d'être gemacht hat. Das Konstrukt des jüdischen Volkes half dabei, die in jeder Hinsicht enormen Unterschiede zwischen den verschiedenen Diasporas nach der Ankunft in Israel zu verwischen oder zu überwinden. Im Namen des Konstrukts des "jüdischen Volkes" konnten mitteleuropäische und nordafrikanische, amerikanische und iranische Juden eine Gemeinschaft aufbauen, in die kulturell und sozial völlig unterschiedliche Herkunftsgruppen integriert wurden. In diesen Spiegel sollten übrigens Deutsche blicken, die sogar Umsiedler für Ausländer oder Fremde halten. Doch, wie gesagt, interessiert uns im heutigen Zusammenhang eher der umgekehrte Blick. Während sich am Anfang die politische Führung in Israel eine nach

europäischem Muster aufgebaute ethnisch und kulturell homogene Gesellschaft vorstellte und in der Konsequenz die Assimilation der neuen Einwanderer für eine notwendige und vorteilhafte Maßnahme hielt, hat sie, vor allem auch unter amerikanischem Einfluß, nach zwei Jahrzehnten diese Idee zugunsten einer pluralistischen, multi-kulturellen Vision der Gesellschaft aufgegeben. In Israel – wo der Begriff des Immigrationslandes positiv besetzt ist – erwies sich innerhalb einer Generation ein Festhalten am europäischen Vorbild der Idee von homogenen Gesellschaften mitten im unaufhaltsamen Prozeß der Immigration als negativ und wenig erfolgversprechend. Gegenwärtig müßte man diesen Gedankengang nun konsequent weiterentwickeln und bis zum Ende durchdenken – die Vorstellung von Pluralismus sollte sich heute auch auf die Teilnahme der arabischen Bevölkerung an der israelischen Gesellschaft beziehen. Das bedeutet mindestens, daß Araber nach dem Einbürgerungsgesetz im Vergleich zu Juden nicht diskriminiert werden, und daß der Text der israelischen Nationalhymne geändert wird, um nicht nur israelische Juden ansprechen zu wollen. Auch "Ha'Tiqva" benötigt eine "dritte Strophe".

Ein besonders auffälliges Objekt der gegenseitigen Betrachtung von Israel und der Bundesrepublik Deutschland war und ist das soziale System. Der Zionismus stand schon kurz nach seiner Entstehung 1897 im Zeichen des Sozialismus. Die sozialistische Strömung in der vorstaatlichen Periode war deutlich stärker als die bürgerliche oder die national-religiöse Richtung. Die meisten Führer des zionistischen Sozialismus kamen zwar aus Osteuropa, aber die wenigen deutschen Sozialdemokraten spielten in der Gründungsphase eine bedeutende konstitutive Rolle, so Fritz Naftali oder Giora Lotan. Aus dem Nachkriegsdeutschland schauten deswegen nicht nur Sozialreformer und Sozialpolitiker mit Hochachtung auf das angeblich gelungene "Experiment Israel", das den Schwerpunkt auf die *Histadrut*, den Gewerkschaftsbund, und

die *Kibbutzim* setzte. Johannes Rau war in diesem Zusammenhang als Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens und Bundespräsident ein besonders prominentes Beispiel.

Andererseits schaute man von Israel aus auf die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik und Sozialdemokratie als richtungsweisende Faktoren: zum einen wollte man erfahren, wie sich die älteste sozialistische Bewegung im Unterschied zum Sowjetkommunismus sowohl zum Wirtschaftssystem als auch zur nationalen Frage verhält und sich mit der Zeit reformiert; zum anderen wollte man schauen, wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein System aufgebaut werden kann, das sich nicht freie, sondern "soziale Marktwirtschaft" nennt. Man mußte im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts feststellen, daß sich der Abbau der Sozialdemokratie und – was wichtiger zu sein scheint – des sozialen Netzes in Israel mit größerer Geschwindigkeit vollzog als in Deutschland. Unter dem seit der konservativ-nationalistischen Wende unter Menachem Begin 1977 ständig steigenden Druck haben beide oben genannte Symbole des israelischen Sozialexperiments – *Histadrut* und *Kibbutz* – harte Schläge erlitten. Der Blick in den Spiegel macht deutlich, daß vom gewagten zionistischen Experiment im sozialen Bereich, im Zeitalter des Neoliberalismus nur wenig erhalten geblieben ist, weniger jedenfalls als beim "Wahlverwandten" Deutschland. Dabei sind die Probleme ganz ähnlich gelagert, zum Beispiel im Bereich der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung oder der Altersvorsorge überhaupt – eben weil die Tradition des israelischen Systems seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Grunde eine deutsche war.

Wie aber sahen die Verhältnisse aus, wenn man in den "alternativen" deutschen Spiegel – die DDR – schaute? Als die DDR verschwand, war der Prozeß des Abbaus des sozialen Netzes in Israel bereits weit fortgeschritten.

Doch man hatte ohnehin kaum nach Osten geblickt, um eine korrigierende Perspektive zu gewinnen. Die DDR war bekanntlich ein Staat gewesen, der mit Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhalten hat und der wegen seiner Unterstützung der PLO in Israel nicht gut angesehen war. Aber auch wegen der soeben beschriebenen Entwicklung im sozialpolitischen Bereich trauerte man in Israel der DDR 1990 nicht nach – Sozialismus, welcher Art auch immer, stieß auf prinzipielle Ablehnung. Die Angst vor einem vereinigten, größeren Deutschland war geringer als die Freude über das Verschwinden eines pro-sowjetischen, pro-palästinensischen Staates. Doch für den Blick in den Spiegel hatte die Vereinigung Deutschlands auch andere, positive Seiten: Anstatt sich zwei Spiegel vorhalten zu müssen, war fortan nur einer übriggeblieben, in dem man sich selbst messen, einschätzen und eventuell korrigieren konnte.

Wie man das deutsche Spiegelbild in Israel bewertet, dazu geben uns Meinungsumfragen eine fundierte Auskunft. So suspekt statistische Erhebungen der öffentlichen Meinung bisweilen auch sein mögen, sie sind doch als Informationsquelle zuverlässiger und repräsentativer als Eindrücke, Impressionen oder zufällige Äußerungen in Politik oder Medien.

Seit Jahren zeigt sich hier eine eindeutige Tendenz. Die überwiegende Mehrheit der Israelis glaubt, daß das heutige Deutschland ein "anderes Deutschland" ist, und daß man die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland als normal bezeichnen kann. Zu diesem Schluß jedenfalls kamen in den letzten Jahren etwa siebenzig Prozent der israelischen Juden, von denen man vielleicht auf Grund der Ereignisse vor der Staatsgründung eine negativere Einstellung hätte erwarten können. Interessant ist auch die Aufteilung in Untergruppen: Jüngere Menschen sind weniger als ältere, religiöse viel weniger als nichtreligiöse, Einwanderer weniger als die im

Lande Geborenen Deutschland gegenüber positiv eingestellt. Besonders stark zeigt sich die Korrelation zwischen Religiosität und Ablehnung Deutschlands. Während im Durchschnitt nur ein Fünftel der Bevölkerung nicht an ein "anderes Deutschland" glaubt, sind es unter orthodoxen Juden ein Drittel der Befragten.

Wenn die repräsentative Auswahl jüdischer Israelis mit der Frage konfrontiert wird, "womit man persönlich das Wort 'Deutschland' assoziiere", so antworten sechzig Prozent erwartungsgemäß mit "Konzentrationslager". Die restlichen vierzig Prozent aber verteilen sich auf andere vorgegebene Alternativen: "Autos", "Berglandschaften" und "Fußball". Das allerdings ist das Ergebnis einer Umfrage, die noch vor der Weltmeisterschaft von 2006 durchgeführt wurde. Verwundern kann dies nicht, da jede Woche im israelischen Fernsehen mindestens eine Direktübertragung eines Bundesliga-Spieles zu sehen ist. Dies bedeutet letztendlich, daß Deutschland in den Medien quantitativ über den Fußball am stärksten präsent und repräsentiert ist. Der Blick auf Deutschland konnte sich also trotz extremster Traumatisierung einem breiteren Horizont öffnen, weil eben in den sechzig Jahren des Bestehens der zweieinhalb Staaten mehr als ein Thema das allgemeine Interesse auf sich zog.

Mehr noch: Der Fall der Mauer, des "Eisernen Vorhangs", der der Teilnahme von Israelis an den "Märschen der Lebenden" in den Konzentrationslagern auf polnischem Boden einen großen Schub gab, verlagerte die Aufmerksamkeit im Kontext der Shoah und jüngeren jüdischen Geschichte auf Polen. Aufmärsche von Schulkindern mit israelischen Fahnen in den Straßen von Warschau, nicht in Berlin, sind symptomatisch für den Effekt der Vergangenheitsarbeit des israelischen Erziehungssystems. Beinahe dreißig Prozent der befragten Israelis halten "die" Polen für voll mitverantwortlich für "die Shoah", wogegen weniger als zwanzig Prozent Polen nur für Opfer

halten. Etwa die Hälfte der Israelis macht alle israelischen Regierungen seit sechzig Jahren für die Situation der Shoah-Überlebenden verantwortlich, während nur etwa ein Viertel die Bundesrepublik als hauptverantwortlich betrachtet. Als Bundeskanzlerin Merkel kürzlich vor dem israelischen Parlament, der Knesset, auf Deutsch eine Rede hielt, empfand dies die Hälfte der Israelis als selbstverständlich; nur zwanzig Prozent hielten einen formalen Auftritt in deutscher Sprache für nicht angebracht und nur zwölf Prozent – unter orthodoxen Juden dreiundzwanzig Prozent – nahmen prinzipiell am Gebrauch der deutschen Sprache in Israel Anstoß. Ohne den Wert des Jugendaustausches und ähnlicher Projekte anzweifeln zu wollen, ist wohl der ständige Blick in den deutschen Spiegel als Erklärung für diese Resultate am ehesten als Erklärung heranzuziehen.

Der Blick auf Deutschland hält die Erinnerung an die deutschen, europäischen Wurzeln des Judentums, des Zionismus und des Konflikts wach. Früher importierte man den romantischen Nationalismus nach Palästina. Betrachtet man heute allerdings die gegenwärtige europäische Szene, so richtet sich die Aufmerksamkeit auf die notwendige Korrektive – den Import der transnationalen Lösung des Problems der Nationalstaaten. Man wundert sich in Israel durchaus, daß es in Europa in den letzten sechzig Jahren eigentlich keine Kriege oder kriegerischen Konflikte mehr gegeben hat, abgesehen von den Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren und vielleicht vereinzelt Separatisten-Terror und Irredenta-Aufrufen hier und dort. Mehr noch. Seit fünfzig Jahren kommt die europäische Einigung unter – nach nahöstlichen Vorstellungen – wenig dramatischen Ereignissen voran. Europäische Nationalstaaten sind bereit, das heilige Prinzip der Souveränität teilweise preiszugeben, um eine höhere, europäische Ordnung zu schaffen, oder auch dem Prinzip der Subsidiarität zuzustimmen, um Kompetenzen vom Nationalstaat auf die Regionen zu übertragen.

Deutschland, das früher Macht mit Militär und Kriegsbereitschaft assoziierte, hält eine Machtposition ohne Säbelrasseln. Deutschlands Grenzen haben mit Krieg nichts mehr zu tun. Diese Wahrnehmung bringt Israelis dazu, ihre Lage im Nahen Osten neu zu überdenken: Wenn die Wahlverwandten es geschafft haben, sich mit "Erz- und Erbfeinden" wie Polen, Frankreich und Rußland zu versöhnen, wäre dann ein verspäteter, aber ähnlicher Prozeß in unserer Region nicht ebenso erstrebenswert und möglich? Wenn man die Ära der kriegführenden Nationen, die in der europäischen Politik etwa zweihundert Jahre gedauert hat, dort beenden konnte, wieso dann nicht im Nahen Osten, wo diese Epoche viel später begann? Ja, mögen viele sofort hinzufügen, aber Europa ist nicht mit dem Nahen Osten zu vergleichen, selbst wenn Deutschland und Israel Spiegelbilder sein mögen. Die Zeit der Religionskriege in Europa, also in der Europäischen Union – so heißt es – ist lange vorbei, der Fundamentalismus spielt dort eine viel geringerer Rolle, Demokratie ist tief verankert und die Vernunft hat die Emotionen aus der Politik verdrängt. Doch erstens stimmt dies pauschal gesehen so gewiß nicht, und zweitens hat die Erfahrung vor den Staatengründungen uns gelehrt, daß die dünne Patina der europäischen Zivilisation keine Garantie vor Exzessen oder Irrationalität bietet. Europa ist also keineswegs unvergleichbar, und der Versuch, das Beispiel Europas *mutatis mutandis* auf den Nahen Osten zu übertragen, ist nicht so aussichtslos und absurd, wie man vielleicht zunächst annehmen könnte. Wenn Deutschland und Israel an ihrer Wahlverwandschaft weiterarbeiten, dann können wir hoffen, daß andere irgendwann hier die Vorteile erkennen und sich den "normalen und doch besonderen Beziehungen" anschließen.